

Kreismitgliederversammlung 29.9.11, 19:00 – 22:00 Uhr

Wanderheim Spielfinken des Schwarzwaldvereins, Malsch

Protokoll

Anwesend : TOP 1: 13 Mitglieder des KV Ettlingen, 6 Gäste und 1 Pressevertreter (BNN)
TOP 2 - 5 : 12 Mitglieder

Gastredner: Uli Sckerl

TOP 1: Neue Formen der Bürgerbeteiligung

Marianne begrüßt **Uli Sckerl** (parlamentarischer Geschäftsführer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender), der über '**direkte Demokratie**' unter der neuen grün-roten Landesregierung referiert.

Uli zeigt am Beispiel des Geschehens um S 21 das Demokratie-Defizit gerade in Ba-Wü auf: extrem hohes Quorum (bundesweit am höchsten!) 33 % = 2,5 Mill. Bürger müssten JA (zum Ausstieg) ankreuzen, gewählt haben die jetzige Koalition aber nur 1,2 Mill. Wahlberechtigte; den vorhandenen Protest schätzt Uli allerdings um 10-16 % höher ein.

Bayern, „Stammland der direkten Demokratie“ mit den meisten Bürgerbegehren (von 17 Volksbegehren scheiterten dort nur 3!), hat für einfache Anliegen gar kein Quorum mehr, andere Bundesländer ein um 50 % geringeres Quorum als Ba-Wü, die Hürden liegen hier extrem hoch, so dass jährlich etwa 100 Versuche unterschiedlicher Art (Bürgerbegehren/Volksbegehren) scheitern. GRÜNES Anliegen ist es deshalb, von unten auf, also bereits kommunale Mitsprache (Gemeinde, Landkreis) zu fördern, z. B. Mitentscheidung bei Bauvorhaben, Finanzierungsrahmen, Haushaltsaufstellung etc. Besonders der „Negativkatalog“ der Gemeinden müsse weg, d.h. Bereiche, in denen keine Bürgerbeteiligung zulässig ist, außerdem umständliche Bauleitverfahren, zu kurze Offenlegungen, komplexe, unverständliche Sprache, lange Instanzenwege etc. Zu fordern sei außerdem ein Bürgerbegehrens-Bericht Ba-Wü, was auch die Landesvereinigung 'Mehr Demokratie' anstrebt.

Vorhabensträger seien oft private Investoren, etc., auf die das Baugesetzbuch zugeschnitten sei. Notwendig sei dagegen ein Landesplanungsgesetz bei öffentlichen Vorhaben, eine verpflichtende frühe Bürgerbeteiligung, **nicht nur WIE, sondern bereits „OB“ gebaut werden sollte.**

Hier braucht es eine Änderung der Gemeindeordnung, dazu prozesshafte Pilotprojekte—runde Tische—Mediationen zwecks Interessenausgleich, evtl. mit wissenschaftliche Beteiligung.

Dies sei in der Schweiz modellhaft eingeführt worden, was später alle Kantone haben wollten.

Die Abschaffung des Quorums von 33 %, so Uli, schaffe einen Zwang zur Beteiligung, damit nicht wenige über viele bestimmen. Er sieht auch keine Gefahr durch Missbrauch, da nur Sachfragen zu entscheiden wären, keine Grundrechtsentscheidungen.

Bei der Volksabstimmung zu S 21 wird z. B. ein JA zum Kündigungsgesetz erfragt – die Nein-Sager stehen hier also auf der anderen Seite.

Grüne Ziele sind: Mehr Beteiligungsrechte in den . nächsten 5 Jahren, einfache Sprache, einfache Verfahren, Nutzung des Internets, einfache Gesetze, einfache Planungsprozesse.

Er empfiehlt uns, hierzu auch Gisela Erler als Referentin einzuladen, und stellte außerdem einige 'Mythen und Legenden' richtig:

- 11 Mill. (nicht 70 Mill.) koste die Volksbefragung, (incl. Druck und Verbreitung)
- planfestgestellt seien bislang nur Maßnahmen um den Bahnhof herum
- Zu- und Abführungen bedürfen erst noch der Offenlegung
- im Kern der Auseinandersetzung stünden nicht Verträge mit Firmen, sondern Vereinbarungen innerhalb des Bundes, da auch die DB Bundeseigentum sei.

Er rät, sich jedenfalls verstärkt einzumischen, vorgezogene freiwillige Bürgerbeteiligung vorzuschlagen, Bürgeranträge zu stellen, Einsprüche zu erheben, besonders empfiehlt er zeitnahe Internet-Auftritte zur Volksabstimmung, konkrete Übersichten z.B.: So sieht es z. Zt. In Ettlingen aus....

Nach lebhafter Debatte, dankt Marianne Uli für seinen lebendigen Vortrag und verabschiedet ihn mit einer Flasche Rotwein.

TOP 2: Delegiertenwahl

a) Wahl der Delegierten zur LDK in Aalen am 8./9.10.2011

Gisela und Karola sind als Delegierte jeweils einstimmig gewählt (11:0:1) ebenso einstimmig sind Anette und Uwe als Ersatzdelegierte gewählt.

b) Wahl der Delegierten zur BDK in Kiel am 25.-27.2011

(anderthalb Kosten werden bezahlt, da wir nur 1 Delegierten haben)

Marianne ist als Delegierte gewählt (10:1:1), Paul Haase als Ersatzdelegierter (11:0:1)

TOP 3: Der Beschluss zur „Schnuppermitgliedschaft“

Nach Austausch des bekannten Pro und Kontra wird mit 5:5:2 abgestimmt. Der Antrag ist bei Stimmengleichheit damit abgelehnt.

TOP 4: Antrag von Michael Körner

Michaels Antrag an die KMV zur Weiterleitung an die BGS wird mit 12:0:0 angenommen.

Er lautet: „**Für die BDK in Kiel soll ein TOP zum Rentenkonzept der Partei aufgenommen werden. Ersatzweise kann dieser TOP auch explizit beim TOP 12 „Die Vielfalt leben – für eine inklusive Gesellschaft“ am Samstag aufgenommen werden.**“

TOP 5: Termine

gemeinsame Veranstaltung OV Waldbronn/SV Ettlingen mit Referent Dr. Tobias Lieber, Freiburg, zum Thema: „**Windkraft“ - planungsrechtliche Rahmenbedingungen und laufende gesetzgebende Verfahren** entweder am 27. /oder 25. Okt. 2011. Uwe sucht Räumlichkeit (evtl. die Scheune) Die Kosten von 250 Euro werden aufgeteilt. (50 Euro Karlsbad, KV Ka Land, KV Ettlingen je 100 Euro)

Dienstag, 4.Okt./19.30 in Rheinstetten:

Vortrag MdB Sylvia Kotting-Uhl über ihre Japan-Reise kurz nach Fukushima, in Forchheim im „Lobberle“ S2 direkt an Hauptstraße

30.10.-2.11.2011 Berlin parlamentarische Reise (Bundestag, Museen..) noch Plätze frei.

08.12.2011 KMV in Ettlingen, Baggerloch

Gisela möchte Finanzplanung vorlegen (Wünsche bitte an Gisela melden!)

Ettlingen, 3. Oktober 03. 10. 2011

Karola Blume Kullmann
(Protokoll)